

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 18

Rubrik: Politgefangene in "West und Ost"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Solchen Aktionen hat unerwarteterweise der amerikanische UNO-Delegierte Andrew Young unter die Arme gegriffen. In prominenter Aufmachung stand zu lesen, Young habe «zugegeben, dass es in den amerikanischen Gefängnissen Tausende von politischen Gefangenen hat» (z. B. «Prawda Wostoka», 15. 7. 1978). Gleichzeitig sprach man von der gigantischen Verfolgungsjagd der «Reaktionäre» auf Andrew Young. Indessen sei es bezeichnend, dass «keiner der erbosten Kritiker fähig war, Youngs Aussage zu widerlegen». Bezeichnend ist es allerdings auch, dass diese Gegenäußerungen in der sowjetischen Presse nicht vorgestellt werden.

Dafür liefern amerikanische Abgeordnete, die Extremistengruppen angehören, der «Prawda» gutes Material. Ihre «Eingeständnisse» gibt man detailliert wieder, mit der Unterstellung, sie seien unanfechtbar und drückten die Mehrheitsmeinung aus (18. 7. 1978).

Im übrigen tut man seine «Besorgnis» über die amerikanischen Zustände auch in eigenen Worten kund. So die «Komsomolskaja Prawda» vom 13. 7. 1978:

«Der Apparat der politischen Unterdrückung (in den USA) wird immer ausgefeilter. (...) Ihm steht ein ganzes Arsenal von antidemokratischen Gesetzen zur Verfügung, die vor allem gegen die KP und andere progressive Organisationen gerichtet sind, (...) ähnlich wie die Gesetze von Ian Smith.»

Aber noch grösser als die Sorge über das Schicksal der Unterdrückten erscheint die Genugtuung über den Schaden an der amerikanischen Menschenrechtspolitik, der laut sowjetischer Darstellung gewaltig und unbehebbar ist. «Der Schlag hat den bestürzten Westen (...) an seinem empfindlichsten Punkt getroffen», und der aussenpolitische Kurs der Vereinigten Staaten sei zum Scheitern gebracht worden («Prawda», 16. und 21. 7. 1978).

Für die «Sozialistitscheskaja Industrija» (18. 7.) steht es fest, dass Carter «vergeblich versucht hat, das laute Echo des Skandals (...) zu übertönen» und die Bedeutung der «Eingeständnisse» von Young herunterzuspielen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Politgefangene in «West und Ost»

Youngs Äusserungen über Hunderte oder Tausende von politischen Gefangenen in den USA sind nicht nur in der UdSSR aus dem Kontext gerissen worden, wenn auch dort bewusst und mit System.

Was Young als Politgefangene in den USA bezeichnet, ist etwas ganz anderes als das, was man in der Sowjetunion darunter versteht.

Youngs eigener Fall illustriert den Unterschied. Er selber ist aus politischen Gründen im Gefängnis gewesen. Seine Verhaftung fand in den frühen sechziger Jahren statt. Damals reisten Tausende von Weissen und Schwarzen eigens nach den Südstaaten der USA, um dort regionalen Gesetzen zuwiderzuhandeln, die tatsächlich rassistischer und diskriminierender Art waren. Diese Leute wollten festgenommen werden, um das Gewissen der Nation zu wecken und auf die bestehende Sachlage aufmerksam zu machen. Es ging darum, ihre juristische, moralische und gesellschaftliche Unhaltbarkeit aufzuzeigen.

Und dieses Ziel wurde erreicht. Zwei Jahre, nachdem Young seine zielbewussten gesetzwidrigen Handlungen vorgenommen hatte, war er Abgeordneter, nicht so sehr trotzdem als deswegen. Aber wichtiger ist es, dass der in der Verfassung enthaltene Mechanismus der Selbstkorrektur tatsächlich wirkte. Auf legislativem und auf richterlichem Weg. Die angefochtenen Verordnungen wurden für verfassungswidrig erklärt und sind heute ausser Kraft gesetzt. Insgesamt vollendete das Bürgerrechtsgesetz von 1964 die Ueberwindung der diskriminatorischen Verordnungen, die übrigens nicht auf Bundesebene bestanden hatten.

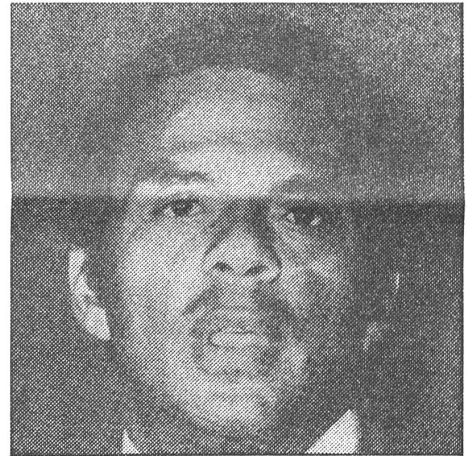
Hier ist festzuhalten, dass das Verbot der gesetzlichen Diskriminierung (wie auch die Massnahmen gegen gesellschaftliche Diskriminierung) recht eigentlich eine Anpassung des amerikanischen Systems an seine legalen und ideellen Grundlagen bedeutet. Würde man aber in der Sowjetunion die Mechanismen zur Unterdrückung der Andersdenkenden abschaffen, wäre das keine Vervollkommnung des Sowjetsystems, sondern im Gegenteil seine Aufhebung.

In demokratischen Ländern widersprechen Menschenrechtsverletzungen dem System, in totalitären Ländern entsprechen sie ihm.

Und noch etwas, was die gefangenen Freiheitskämpfer und «Freiheitskämpfer» in den USA betrifft: Sie sitzen wegen konkreten Handlungen und nicht wegen ihrer Gesinnung, und eine Analogie zu den angeblichen Handlungen der sowjetischen Dissidenten besteht nicht: in den USA gibt es keinen, der wegen «Verleumdung der USA» eingesperrt wäre.

Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass es in den USA auch ganz einfache Gemeinverbrecher gibt, die man zu Politgefangenen umfunktioniert hat; die Interpretation ist ja dort frei. J. Harris, heute das Objekt der Kampagne «Freiheit den Kämpfern für die Freiheit», war nie politisch aktiv; er wurde erst nach seiner Verhaftung wegen Mord als Politgefangener entdeckt.

Was nicht heissen soll, dass in den USA (oder in der Schweiz) kein Unschuldiger ins Gefängnis kommen könnte. Dann hat das System schlecht funktioniert. Und in der Sowjetunion funktioniert das System gut, wenn Menschenrechtsbrecher die Menschenrechtsverteidiger ins Zuchthaus bringen. *gh*



Andrew Young: Aufhänger zum falschen Vergleich.

Mr. President,

Human rights that you speak so much about begin at home. We address you, Mr. President, in appeal to take concrete actions in your country, to denounce and stop the political trials of the american civil rights fighters.

Holding our voice to the broad international campaign of solidarity with political prisoners in the US jails we are expecting from you, Mr. President, decisive actions in defense of justice.

We urge: freedom to the freedom fighters!!!

•NAME •ФАМИЛИЯ.....

•Age •ВОЗРАСТ.....

USSR:

Postcard

Место для марок
14 коп.

To President CARTER

Washington D.C. USA

Freedom to the Freedom Fighters!!!

Die vorgedruckte Postkarte, mit der Sowjetbürger den amerikanischen Präsidenten zur Freilassung von Freiheitskämpfern (darunter wird z. B. namentlich der wegen Mord verurteilte J. Harris verstanden) auffordern sollen. Der Abdruck mit Vorderseite und Rückseite erschien in der «Komsomolskaja Prawda» vom 14. 7. 1978.